

MAX SCHOTTIG

Max Schottig kam 1877 (6. Juli) in Stampfen (Stupova Slovo), Bezirksamt Pressburg zur Welt, so dass er bei seiner Geburt ungarischer Staatsbürger war. Sein Vater, Moritz Schottig, betrieb einen Antiquitätenhandel in Stampfen, von der Mutter Regina Schottig ist keine berufliche Tätigkeit bekannt. Irgendwann zog er nach München, wo er im Textilbereich arbeitete und 1911 im Alter von 34 Jahren die neun Jahre jüngere Frieda Prell heiratete (24.10.1911), Tochter eines Schmiedemeisters aus Waldmünchen im Bayerischen Wald, bis kurz vor der Hochzeit katholisch. Dann aber war sie aus eigener Überzeugung, wie sie später schrieb, zum Judentum konvertiert. Ein Jahr später (September 1912) zog das Ehepaar nach Regensburg, von wo aus Max Schottig als Reisender im Textilbereich unterwegs war. Die junge Familie wohnte in der Drei-Kronen-Gasse 6. Es gibt auch einen Hinweis auf einen Wäscheversand (im Restitutionsverfahren), der sich aber bisher nicht nachweisen lässt.

Zur Familie gehörten nach einiger Zeit auch zwei Kinder: der Sohn Moritz (geb. 26.5.1919) musste auf Druck der Nationalsozialisten die Oberschule abbrechen, weswegen er eine Schlosserlehre begann, in der er es bis zum Gesellen brachte, der Meister aber blieb ihm ebenfalls aus ideologischen Repressionen verwehrt. Von der Tochter Regina (geb. 30.5.1920) sind Schul- und Berufsausbildung nicht bekannt. Beide Kinder wanderten zu einem nicht bekannten Zeitpunkt nach Palästina aus und retteten damit ihr Leben.

Nach Ausführungen von Frieda Schottig habe ihr Mann bereits im Laufe des Jahres 1937 seine Konzession als Reisender verloren, so dass man ab diesem Zeitpunkt auf Ersparnisse zurückgreifen musste. Auf jeden Fall meldete Max Schottig sein Gewerbe am 1. Oktober 1938 zum 26. Oktober ab, zwar vor der Pogromnacht, aber offensichtlich auf Druck der „Arisierungsverfahren“. Unterlagen des Finanzamtes oder andere dazu liegen nicht mehr vor (Mitteilung des Staatsarchivs Amberg). Möglicherweise war dies auch der Grund dafür, dass man im November vom dritten in den vierten Stock, unter das Dach, umziehen musste (30.11.1938).

Im Mai 1941 (15.5.) zog das Ehepaar Schottig nach Karthaus-Prüll Nr. 23/1. Das Haus steht heute nicht mehr, war aber ausweislich des Adressbuches der Stadt Regensburg nicht Teil des Bezirkskrankenhauses (erst 1966 werden zwei Bewohner als Mitarbeiter des BKH genannt. Nach 1976 wird das Haus unter der Anschrift Ludwig-Thoma-Straße 14 geführt, bald danach aber abgerissen).

Im April 1942 (14.4.), keine zwei Wochen nach der ersten großen Deportationswelle der jüdischen Bewohner von Regensburg (nach Piaski), wurde das Ehepaar gezwungen, mit nur wenigen Stunden Vorlauf in das Altenheim in der Weißenburgstraße 31 zu ziehen, fast ihren gesamten Besitz zurücklassend. Mit solchen erzwungenen Umzügen bereitete die Gestapo die Deportation aller über 65 Jahre alten Juden nach Theresienstadt vor, um sie dort zu ermorden bzw. sterben zu lassen. Als seine Frau am 13. Juli dieses Jahres verhaftet und nach mehrwöchiger Haft im Gestapo-Gefängnis Regensburg in das Konzentrationslager Ravensbrück transportiert wurde, sah er sie zum letzten Mal. Während am 23. September die Bewohner des Altenheims in der Weißenburgstraße nach Theresienstadt deportiert wurden, blieb Max Schot-

tig zurück und musste Mitte Oktober (12.10.1942) in das jüdische Gemeindehaus in der Schöffnerstraße 2 ziehen. Hier blieb er nicht ganz 1 ½ Jahre, am 23. Februar 1944 verbrachte ihn die Gestapo in das „Jüdische Altenheim in der Iranischen Straße 2“ nach Berlin (lt. Mitteilung der Gestapo vom 26.2.1944). Die Angabe „Altenheim“ ist jedoch fehlerhaft, es handelte sich um das Jüdische Krankenhaus unter der genannten Adresse, zu dem auch ein Siechenheim gehörte, in dem Max Schottig offensichtlich blieb. Das ehemals ebenfalls zugehörige Altenheim (eigentlich Iranische Straße 3) war zu diesem Zeitpunkt bereits aufgelöst, die Bewohner zur Ermordung abtransportiert. Das damalige Krankenhaus steht noch heute und gehört weiterhin zum Komplex des Jüdischen Krankenhauses (jetzt Heinz-Galinski-Straße 1, Stadtteil Wedding in Berlin).

Die Faktoren, die zu dieser Verlegung nach Berlin führten, aber auch die, die ihn schließlich am Leben ließen, gehören zu den bizarren Widersprüchen der Rasseideologie des Nationalsozialismus. Weil Frieda Schottig vor ihrer Konversion zum Judentum und ihrer Eheschließung mit Max Schottig katholisch und deutsche Staatsbürgerin gewesen war, galt sie als Teil der „arischen“ Volksgemeinschaft, die Ehe als „Mischehe“. Aus Furcht vor Unruhe in der Bevölkerung verhinderten Mitglieder der Reichregierung die Absicht des RSHA (Reichssicherheitshauptamt), die Partner dieser Ehen und ihre Kinder zu ermorden bzw. zu einem späteren Zeitpunkt die Zwangannullierung dieser Ehen, was zum Tod der jüdischen Partner geführt hätte. Obwohl man im Konzentrationslager Ravensbrück großen Druck auf Frieda Schottig ausübte, lehnte sie regelmäßig eine Scheidung ab und rettete damit ihrem Mann das Leben.¹

Das allein aber begründete noch nicht die Verlegung von Max Schottig nach Berlin. Ein weiterer bizarrer Widerspruch zwischen brutaler Willkür und pedantischer Bürokratie führte dazu, dass seine Staatsbürgerschaft und damit das Vorgehen gegen ihn als ungeklärt galt.

Bis Ende 1943 waren nach Regierungsbeschlüssen „ausländische Juden“ im Altreich von der Deportation ausgenommen, wenn sie aus feindlichen, neutralen oder verbündeten Staaten stammten und die Reichsregierung einschätzte, bei einer Verschleppung der Juden aus diesen Staaten von den jeweiligen Regierungen zur Verantwortung gezogen zu werden. Entscheidungen hierzu wurden stets zwischen dem RSHA und dem Außenamt (Außenministerium) abgeklärt, so dass die entsprechende Zuordnung der Personen zu ihrem jeweiligen Schicksal letztlich tagespolitisch definiert wurde. Diese Regelung galt jedoch nicht für Juden in den besetzten und eroberten Gebieten, die als „staatenlos“ definiert und damit uneingeschränkt der nationalsozialistischen Willkür ausgeliefert waren.

Allerdings erhielten die Regierungen dieser angeführten Staaten im Laufe des Jahres 1943 eine befristete Aufforderung, die aus ihrem Land stammenden Juden zurückzuholen, ansonsten sie „wie deutsche Juden behandelt werden,“ also deportiert. Im September erging seitens des RSHA die Anweisung an die Sicherheitspolizei (Sipo), dass auch diese Menschen „in die Abschiebemaßnahmen einbezogen“, die Frauen in das Konzentrationslager Ravensbrück, die Männer nach Buchenwald verschleppt werden sollten, doch nicht „nach dem Osten“ (Schnellbrief des RSHA an die Sipo, 23.9.1943). Die betroffenen Länder wurden

¹ Vgl. hierzu genauer die Lebenslinien von Frieda Schottig.

vollständig aufgelistet (Italien, Schweiz, Spanien, Portugal, Dänemark, Schweden, Finnland, Rumänien, Ungarn).

Max Schottig war bei seiner Geburt nahe Pressburg ungarischer Staatsbürger gewesen, nach den Friedenskonferenzen 1919 jedoch kamen die Stadt und ihre Umgebung zur Tschechoslowakei, so dass er nun als Tscheche galt. Beide Staatsbürgerschaften hätten nach 1942 irgendwann seine Ermordung bedeutet. 1939 hatte jedoch die Slowakei (und dazu gehörte auch Pressburg mit Umgebung) auf Druck Hitlers ihre Unabhängigkeit erklärt und war zu einem Vasallenstaat des Deutschen Reiches geworden. Damit galt Max Schottig nun als Slowake. Die Slowakei war jedoch in der genannten Liste des RSHA, deren Bürger deportiert werden sollten, nicht aufgeführt. Eine Zählkarte der Jüdischen Gemeinde Regensburg vom März 1943 bezeichnet ihn ausdrücklich als Bürger der Slowakei (oder genauer: „Zählkarte für die Ausländer-Kartei“ der „Bezirksstelle Bayern“ der Reichsvereinigung der Juden vom 3.3.1943).

Diese Ausnahme galt jedoch nicht für die Juden in der Slowakei selbst; die slowakische Regierung hatte bereits im März 1942 von sich aus begonnen, einen großen Teil ihrer jüdischen Bevölkerung nach Auschwitz zu transportieren.

So retteten ihm die Definition einer „Mischehe“ sowie letztlich eine slowakische Staatsbürgerschaft das Leben. Im Januar 1945 allerdings erfolgte die Anweisung des RSHA, jetzt alle Juden aus solchen „Mischehen“ doch noch zu deportieren, unabhängig davon, ob der nichtjüdische Partner die Ehe annulliert hatte oder nicht. Entsprechend wurden in Regensburg acht in „Mischehe“ lebende jüdische Frauen und Männer am 12.2.1945 nach Theresienstadt deportiert. Dann aber verhinderte der Kriegsverlauf eine weitere Deportation, so dass 17 Personen nicht mehr wie beabsichtigt verschleppt werden konnten. Vergleichbar verlief diese Aktion in anderen Städten, eben auch in Berlin.

Auch diese kritische Zeit überlebte Max Schottig im Jüdischen Krankenhaus in Berlin, eine in der Forschung bis heute kaum beachtete Einrichtung. Im Frühjahr 1942 hatten in Berlin die Deportationen nach Theresienstadt begonnen, wozu eines der Altenheime (Große Hamburger Straße) zum zentralen Sammel- lager umgewandelt worden war. Kontinuierlich aber verschleppte man auch Bewohner aus den weiteren Altenheimen, die man als „Reserve“ bezeichnete, um die Transporte bis zur Obergrenze auszulasten. So etwa im Juni auch 34 Bewohner aus dem Altenheim in der Iranischen Straße, das am 13.11.1942 schließlich als „geräumt“ bezeichnet und geschlossen wurde. Die meisten dieser Altenheime kamen umgehend zum Verkauf.

Nachdem Ernst Kaltenbrunner im Januar 1943 Nachfolger von Reinhard Heydrich als Leiter des RSHA geworden war, bestimmte er in einem Erlass (21.5.1943), die gesamte noch verbleibende jüdische Bevölkerung im Altreich nach Theresienstadt und Auschwitz zu deportieren, einschließlich aller noch bestehenden Gemeindeverwaltungen, den jüdischen Zwangsarbeitern, Kranken und Mitgliedern der Reichsvereinigung der Juden, lediglich die jüdischen Partner in Ehen zwischen Juden und Nichtjuden sollten ausgenommen bleiben. Diese umfassende Mordaktion geschah jedoch nicht im angewiesenen Umfang, sondern nur in Einzelfällen, so dass das Jüdische Krankenhaus in der Iranischen Straße 2 bestehen blieb. Es war zu dem Zeitpunkt das einzige jüdische Krankenhaus in Deutschland, das noch existierte. Diese Einrichtung

unterstand unmittelbar dem RSHA, Abteilung IV B 4, also Eichmann. Der Fortbestand des Krankenhauses war kein zufälliges Ergebnis, sondern eine bewusste Entscheidung. Obwohl es eigentlich einer anderen Institution überschrieben worden war, verhinderte die Abteilung IV B 4 die Übertragung des Besitzes an die neuen Eigentümer. Als die Gestapo im März 1943 das Krankenhaus räumen und alle Insassen deportieren wollte, dazu bereits mit zahlreichen LKW vorgefahren war, untersagte die Abteilung IV B 4 dieses Vorgehen. Auch sind keinerlei Pläne bekannt, es trotz der schweren Bombenschäden in Berlin als Ersatzwohnraum für „Bombengeschädigte“ heranzuziehen. Es besaß einen eigenen Etat, verwaltete noch bestehende oder zugestandene jüdische Interessen (etwa den großen jüdischen Friedhof in Weißensee) und wurde für viele Menschen ein Fluchtpunkt. Als im Juni 1943 die Reichsvereinigung der Juden offiziell aufgelöst wurde, übernahm die Krankenhausleitung inoffiziell deren Aufgaben und fungierte als provisorische Reichsvereinigung. Von dem beschlagnahmten Vermögen der Reichsvereinigung übertrug das Finanzministerium die Summe von 5 Millionen Reichsmark an das RSHA für die Arbeit der provisorischen Reichsvereinigung, von denen das Amt dann allerdings nur 1,5 Millionen RM an das Krankenhaus weiterleitete. Im Widerspruch zu den Vernichtungsabsichten der Gestapo wollte das RSHA das Krankenhaus also in seiner Funktion erhalten, u.a. auch, weil jüdische Kranke woanders nicht behandelt werden konnten. Das eigentliche Ziel aber, das das RSHA mit diesem Krankenhaus verfolgte, lässt sich bis jetzt nicht rekonstruieren, da entsprechende Akten vernichtet wurden.

Obwohl also das Krankenhaus in dieser seiner Funktion weitergeführt werden sollte, unterlag es wiederholt Deportationen, die immer wieder unsystematisch und scheinbar spontan angesetzt wurden. Nicht nur Patienten und andere dort lebende Menschen waren davon betroffen, sondern auch Ärzte und Schwestern. Lebten Anfang des Jahres 1944 lebten etwa 60 von ihnen auf dem Gelände des Krankenhauses und versorgten die Patienten, so waren es bei der Befreiung 1945 nur noch 10 Ärzte und 20 Schwestern, wobei es ganz offensichtlich zu keiner Flucht gekommen und wohl auch gar nicht möglich gewesen war. Deportationen des Personals und Zuweisungen von gesunden Personen bedrohten die Funktion als Krankenhaus; wäre es irgendwann zu einem Sammellager für bevorstehende Verschleppungen geworden, hätte dies sein Ende bedeutet. Die Angst vor der Auflösung bestand ständig, man kannte die Beispiele der anderen Krankenhäuser und wusste, was die Deportationen nach Theresienstadt bedeuteten. Es entsprang dem menschenverachtenden Zynismus der NS-Funktionsträger, dass die Auswahl der zu verschleppenden Personen dem Leiter des Krankenhauses, Dr. Walter Lustig, überlassen blieb, auch dann, wenn es sich um seine Mitarbeiter handelte. Hier blieben viele Spannungen zurück.

Neben Kranken und Verletzten, Menschen aus „Mischehen“, Kindern aus diesen Ehen, Menschen mit ungeklärtem staatsbürgerlichen Status lebten in ihm auch eine Anzahl von Juden, die unter dem Schutz der schwedischen Regierung standen. Andere als Geiseln festgesetzte prominente Juden sollten für einen Austausch gegen bestimmte deutsche Kriegsgefangene in einem Gefangenenlager in Palästina dienen. Andere Geiseln standen unter dem Schutz von hochrangigen Nationalsozialisten. Diese hatten die Absicht, mit der scheinbaren Rettung einzelner Juden ihre eigene Position gegenüber dem Ausland bei einer Kriegsniederlage aufzubessern, sich von der Politik des Antisemitismus scheinbar zu distanzieren. Dazu

aber kam es dann nicht mehr. Eine „B-Liste“ (Behördenliste) umfasste prominente Juden und auch Deutsche, von denen der Grund für ihre Festsetzung an diesem Ort nicht bekannt ist (z.B. der frühere Reichsjustiz- und Finanzminister Eugen Fischer, DDP). Auch etliche Mitglieder aus aufgelösten jüdischen Gemeinden fanden sich hier. In einer „Kinderunterkunft“ lebten Kinder ungesicherter Herkunft, für die das Personal intensiv bestrebt war, eine „arische“ Herkunft zu finden. Geling dies nicht und ergab sich eine jüdische Abstammung, wurden diese Kinder umgehend deportiert. Eine „Kinderstation“ beherbergte Patienten mit ansteckenden Krankheiten.

Für das Personal und den Leiter Dr. Walter Lustig ergab sich aus der zunehmend bedrohlichen Lage die Notwendigkeit, durch ständige bürokratische Betriebsamkeit die Notwendigkeit der eigenen Existenz zu dokumentieren, zugleich auch die schwierige und widersprüchliche Zusammenarbeit mit den NS-Instanzen auszutarieren. Auch gelang mit dem Wehrmachtslazarett, das auf dem Krankenhausgelände lag, eine zeitweise positive Zusammenarbeit, einschließlich dem Austausch von Medikamenten. Dieser Austausch war möglich, da die Apotheke des Krankenhauses von einem Nichtjuden geleitet wurde. Drei der insgesamt sieben Gebäude auf dem Gelände gehörten zu diesem Lazarett (in einem vierten hatte die Gestapo eine Dienststelle).

All das aber verhinderte nicht die zunehmend prekär werdende Situation der Menschen in der Anlage: die Versorgung mit Nahrungsmitteln, Medikamenten, Verbandszeug usw. brachte erhebliche Belastungen, die Mortalität stieg im Jahr 1944 auf etwa 25 % der Neuaufnahmen. Viele von ihnen waren nach einem Selbstmordversuch wegen der bevorstehenden Deportation hierher gebracht worden. Eine von ihnen war Martha Liebermann, die Witwe von Max Liebermann, die nach einem Suizidversuch auf einem offenen Pferdefuhrwerk ins Krankenhaus gefahren wurde, wo sie nach wenigen Tagen starb. Noch Ende März 1945 kam es zu einer, dann aber letzten, Deportation nach Ravensbrück und Sachsenhausen. Während die Straßenkämpfe im Norden Berlins tobten, lebten die Menschen nur noch im Keller, wo in einer Küche ein provisorischer Operationsraum eingerichtet worden war. Wiederholt wurden in diesen Tagen auch verletzte Soldaten eingeliefert.

Schließlich erreichten am 24. April 1945 russische Truppen das Krankenhaus, doch dauerte es nach der Befreiung etliche Stunden, bis die Soldaten akzeptierten, es tatsächlich mit Juden zu tun zu haben, war man doch davon ausgegangen, dass keine überlebt hatten. Im Jüdischen Krankenhaus waren es über 800, die nun frei wurden (gelegentlich wird auch eine Zahl von über 1 000 genannt). Einer von ihnen: Max Schottig. Auch er hatte nun überlebt.

Aber er war zu geschwächt von den vorangegangenen Belastungen und Entbehrungen, und da sich die Versorgungslage kaum besserte, verschlechterte sich sein Zustand und er starb am 7. Mai, laut Bescheinigung der Jüdischen Gemeinde in Berlin von 1953 an „Alters- und Herzmuskelschwäche“. Er war zu diesem Zeitpunkt fast 68 Jahre alt.

Ein anderes Opfer aber wurde Walter Lustig. Unter dem Vorwurf, mit den nationalsozialistischen Stellen kollaboriert zu haben, wurde er während der Verhöre von russischen Soldaten getötet, wahrscheinlich erschlagen.

Quellen:

- **StA Regensburg:** Meldekarte
Familienbogen
- **Akim Jah:** Die Berliner Sammellager im Kontext der „Juden deportationen“ 1941 – 1945. (Überarbeitete Fassung des gleichnamigen Artikels in der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 3/2013, S. 211 – 231).
http://stolpersteinebelin.de/sites/default/files/st_downloads/Akim_Jah%20Sammellager%20in%20Berlin%20f%C3%BCr%20Stolpersteine.pdf (aufgerufen 6.1.2015)
- **International Tracing Service Bad Arolsen:** Zwei Karteikarten zu Max Schottig
- **Bayerisches Landesentschädigungsamt:** Schottig Frieda. AZ 37 790/II/4062
- **Adressbücher** der Stadt Regensburg 1915 passim
- **Siegfried Wittmer:** Regensburger Juden. Jüdisches Leben von 1519 bis 1990. 2. Aufl., Regensburg 2002 (= Regensburger Studien und Quellen zur Kulturgeschichte, Bd. 6)
- **Andreas Angerstorfer:** Regensburger Juden während des Nationalsozialismus. In: Michael Brenner, Renate Höpfinger (Hrsg.), Die Juden in der Oberpfalz. München 2009, S. 183 - 196
- **Akim Jah:** Die Deportation der Juden aus Berlin. Die Vernichtungspolitik und das große Sammellager Große Hamburger Straße. Berlin, Brandenburg 2013
- **Daniel B. Silver:** Überleben in der Hölle. Das Berliner Jüdische Krankenhaus im „Dritten Reich“. Berlin, Brandenburg 2006
- **Rivka Elkin:** Das Jüdische Krankenhaus in Berlin zwischen 1938 und 1945. Herausgegeben vom Förderverein „Freunde des Jüdischen Krankenhauses Berlin e.V.“, Berlin 1993
- **H.G. Adler:** Der verwaltete Mensch. Studien zur Deportation der Juden aus Deutschland. Tübingen 1974
- **Saul Friedländer:** Die Jahre der Vernichtung. Das Dritte Reich und die Juden. Bd. II: 1939 – 1945. München 2006
- Max Schottig wird weder in der Aufstellung von Yad Vashem erwähnt noch im Gedenkbuch Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933-1945 aufgeführt.